

## **21. August 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Direktiven zum Meinungsaustausch mit der US-Regierung in der Frage Westberlin\***

1. Dem Außenministerium der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, zwecks Meinungsaustausches zur Frage Westberlin Kontakt mit der Regierung der USA aufzunehmen. Der Entwurf der Direktiven zum Meinungsaustausch ist zu bestätigen (Anlage).

2. Dem Außenministerium der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, sich vorab mit der Führung der DDR zur Frage der Direktiven zu beraten. Sollte es erforderlich sein, ist dem Außenministerium der UdSSR die Erlaubnis zu erteilen, in den Direktiven mögliche nicht prinzipielle Korrekturen der Freunde im Rahmen der vom ZK festgelegten Linie vorzunehmen.

Geheim

### **DIREKTIVEN ZUM MEINUNGSAUSTAUSCH MIT DER REGIERUNG DER USA IN DER FRAGE WESTBERLIN\*\***

1. Die Regierung der USA ist unter Berücksichtigung ihres eigenen Wunsches davon in Kenntnis zu setzen, dass die sowjetische Seite bereit ist, in einen Meinungsaustausch zur Frage Westberlins einzutreten und dabei das Ziel verfolgt, zu einem Abbau der Spannungen in Europa beizutragen und zukünftige Unstimmigkeiten und Komplikationen zu vermeiden, die eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität in Zentraleuropa darstellen. Es gilt, sich dahingehend zu äußern, dass dieser Meinungsaustausch schon bald – in der zweiten August- oder in der ersten Septemberhälfte d. J. – stattfinden und auf einer Ebene angesiedelt sein möge, welche die Vorbereitung konkreter Überlegungen zur darauffolgenden Prüfung durch die Regierungen gewährleistet.

Bezüglich des Ortes des Meinungsaustausches ist unsererseits Moskau zu nennen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, falls die amerikanische Seite als Verhandlungsort auf New York (während der Sitzung der Generalversammlung), Washington oder einem anderen Ort besteht. Falls die Amerikaner vorschlagen, dass der Meinungsaustausch von Anfang an zwischen den vier Mächten unter Berücksichtigung der gemeinsamen Verantwortung der drei Westmächte für Westberlin stattfinden soll, ist dem zuzustimmen.

2. Zum Ausdruck zu bringen ist der Standpunkt, dass es für den Erfolg der Sache nutzbringend sei, bereits im Laufe der Vorbereitungstreffen zu versuchen, den Gegenstand des Meinungsaustauschs und eine für die jeweiligen Verhandlungspartner annehmbare Form der Übereinkunft präziser festzulegen. Es ist zu fragen, welche konkreten diesbezüglichen Überlegungen auf amerikanischer Seite vorhanden sind.

3. Sich nach Überlegungen der amerikanischen Seite zu erkundigen, welche Form einer Übereinkunft sich zu Westberlin unter den gegebenen Bedingungen anbietet – eine formelle bis hin zur Fixierung des Status von Westberlin als selbstständige politische Einheit oder eine Übereinkunft in einer eher allgemein gehaltenen Form zur Schaffung und zum Erhalt eines auf Basis von Gegenseitigkeit beruhenden Abbaus der Spannungen in der Causa Westberlin. Sollte es sich um das Zweite handeln, so wäre es zielführend, durch Abgleichung festzustellen, wo unsere Standpunkte einander nahekommen könnten.

---

\* RGANI, F. 3, op. 72, d. 282, S. 2. – Briefkopf des ZK der KPdSU. Streng Geheim. Protokoll Nr. 133 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU vom 21. August 1969. Punkt 5, vorbereitet und vorgelegt von Gen. Suslov, Andropov, Grišin, Gromyko, Mazurov, Katušev, Poljanskij, Semenov. Teilnehmer: Vorsitzender Gen. M. A. Suslov, die Mitglieder des Politbüros: Gen. K. T. Mazurov, A. Ja. Pel'she, D. S. Poljanskij, die Kandidaten des Politbüros: Gen. Ju. V. Andropov, V. V. Grišin, P. N. Demičev, D. F. Ustinov, die Sekretäre des ZK: Gen. K. F. Katušev, M. S. Solomencev. Hs. unterzeichnet von M. A. Suslov.

\*\* Ebd., S. 60–63. – Anlage zu Punkt 5 des Prot. Nr. 133.

Es versteht sich, dass die Verhandlungspartner davon ausgehen müssen, dass dabei die gesetzlichen Interessen der jeweiligen Seiten nicht verletzt werden und die Übereinkunft für niemanden einseitige Vorteile bringen darf.

Im Besonderen gilt es sich auszubedingen, dass die sowjetische Seite – unter Berücksichtigung der vertraglichen Verpflichtungen der UdSSR in Bezug auf die DDR und weil sich Westberlin auf dem Staatsgebiet der DDR befindet und der DDR bei der Lösung v. a. der Frage der Verkehrswege Westberlins vitale Bedeutung zukommt – im Zuge des Meinungsaustausches natürlich entsprechende Beratungen mit der Regierung der DDR durchführen wird.

4. Falls die Amerikaner den Standpunkt vertreten, dass sie bei der Erörterung der Frage Westberlins die Absicht verfolgen, bestimmte Schritte seitens der drei Mächte, die eine Begrenzung der aggressiven politischen Manifestationen der BRD in Westberlin betreffen, einer Revision zu unterziehen, ist mitzuteilen, dass wir dies zur Kenntnis nehmen, weil diese Maßnahmen zum Abbau der Spannungen beitragen werden. Zugleich ist zu präzisieren, was die Erklärungen der Regierung der BRD und jene der Westmächte bezüglich der „Aufrechterhaltung der Präsenz der BRD“ in dieser Stadt konkret bedeuten. Es ist darauf hinzuweisen, dass es im Falle der Erzielung einer Übereinkunft für uns außer Frage steht, dass wirtschaftliche, kulturelle, den Handel betreffende und andere friedliche Verbindungen Westberlins mit der Außenwelt gewährleistet werden müssen. Bei der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit dieser Stadt und der Wahrung ihrer Beziehungen mit der Außenwelt dürfen jedoch alle jene Versuche der BRD, die auf eine De-facto-Eingliederung dieser Stadt abzielen, die nach der Abhaltung ungesetzlicher politischer Demonstrationen in der Stadt und der Produktion von Rüstungsgütern für den Bedarf der BRD streben, die die Bewohner der Stadt zum Dienst in der Bundeswehr zwingen, die eine Ausweitung der Aktivitäten der neonazistischen NPD in Westberlin begünstigen u. Ä. keinerlei Platz haben. Mit einer derartigen Präsenz der BRD können wir uns nicht abfinden.

5. In Bezug auf Fragen, die mit den Bedingungen der zivilen Ein- und Ausreise nach bzw. aus Westberlin, mit den Kontrollen an den Grenzen zwischen der DDR und Westberlin und mit den Nutzungsmodalitäten der Verkehrswege der DDR zwischen Westberlin und der BRD im Zusammenhang stehen, gilt es herauszufinden, worauf die Amerikaner in den möglichen Verhandlungen konkret abzielen. In der Anfangsphase, in der sich noch keine Rahmenbedingungen für einen möglichen Meinungsaustausch abzeichnen, muss eine konkrete Erörterung von Details vermieden werden. Es gilt, sich darauf zu berufen, dass Fragen des zivilen Zutritts, des Grenzregimes und auch die Westberlin mit der BRD verbindenden Verkehrswege direkt die souveränen Rechte der DDR betreffen und von einer Verletzung dieser Rechte keine Rede sein darf.

6. Vorzutragen ist der Wunsch, dass die amerikanische Seite ihre bereits früher geäußerten Ansichten über die Notwendigkeit der Achtung des bestehenden territorialen Status quo in Westberlin und in Europa insgesamt konkretisiert. Im Sinne der Herbeiführung einer Entspannung in Europa und im beiderseitigen Interesse der Verhandlungspartner ist auf die Wichtigkeit des gegenseitigen Verständnisses zwischen der UdSSR und den USA in dieser wesentlichen Frage zu verweisen.

7. Falls die amerikanische Seite um eine Konkretisierung der sowjetischen Überlegungen in Bezug auf den möglichen Inhalt einer Übereinkunft ersucht, ist mitzuteilen, dass sich diese Frage noch im Stadium der Erörterung und Abstimmung befindet, wobei es zu berücksichtigen gelte, inwieweit sich die Positionen der Regierung der USA als realistisch erweisen und den Interessen einer Verbesserung der Lage in Europa entsprechen. Im Vorfeld könnte man bloß einige allgemeine Richtungen unseres Zugangs zu dieser Frage nennen, vor allem: Wir betrachten die Frage Westberlins aus dem Blickwinkel der Erzielung einer Entspannung in den wichtigsten potenziell gefährlichsten Regionen der Welt und im Kontext der Beziehungen zwischen den Großmächten. Nach Meinung der sowjetischen Seite wäre zu einer Sicherstellung einer beruhigten Situation in der Causa Westberlin und bei der zukünftigen Suche nach besseren Lösungen der für die Verhandlungspartner relevanten Fragen ein Vorgehen angebracht, bei dem die drei Mächte konsequent die Position vertreten, dass Westberlin zu keinem der bestehenden deutschen Staaten gehört und sich dieser Status

nicht aufgrund einseitiger Handlungen ändern dürfe. Dies ist der faktische Stand der Dinge, den man als solchen anerkennen muss, wenn man nach einer Vermeidung von Konflikten und Zuspitzungen rund um Westberlin strebt. Ein solcher Zugang würde es erlauben, die schädlichen Spekulationen abzubauen, die sich in den letzten Jahren immer häufiger rund um die Frage der territorialen Zugehörigkeit Westberlins aufschaukeln und eine Quelle für Konflikte und Zuspitzungen sind.

In Westberlin und in Bezug darauf sollten keine Taten gesetzt werden, die den gesetzlichen Rechten und Interessen der einzelnen Seiten Schaden zufügen, die die öffentliche Ordnung verletzen und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite sind.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Beendigung politischer und anderer Aktivitäten auf dem Gebiet Westberlins, die gegen die UdSSR als Vertragspartnerin der alliierten Abkommen und gegen die mit ihr verbündeten Staaten abzielen, eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer normalen ruhigen Lage in der Causa Westberlin ist. Die Grundlage für die Tätigkeit revanchistischer und militaristischer Kräfte der BRD in Westberlin bilden offen bekundete Ansprüche auf Revision des territorialen Status quo in Europa und dabei im Besonderen des Status von Westberlin.

8. Die Frage der Truppenpräsenz der drei Mächte in Westberlin ist aus Eigenem nicht anzusprechen. Sollten die Amerikaner diese Frage jedoch ansprechen, um unsere Position in Erfahrung zu bringen, so ist zu betonen, dass wir ihre Truppen als Besatzungstruppen erachten. Im Zusammenhang damit können sich die Militärbehörden der drei Mächte nicht von ihrer Verantwortung für die Einhaltung der Beschlüsse des geltenden Viermächteabkommens in der Stadt und der alliierten Gesetzgebung verabschieden.

9. Im Zuge der Gespräche zu Westberliner Angelegenheiten ist die Frage über einen Beitritt der BRD zum Atomwaffensperrvertrag anzusprechen, wobei diese Frage jedoch nicht in das Verhandlungsprogramm inkludiert werden darf, sondern bloß indirekt zu verstehen zu geben ist, dass wir zusätzliche Einflussnahmen auf die BRD und reale Fortschritte in dieser Frage erwarten.

10. Falls die Amerikaner eine Erörterung der Lage in „Berlin im Ganzen“ vorschlagen, gilt es, eine derartige Fragestellung zurückzuweisen, indem man sich an die entsprechenden Beschlüsse der weisungsgebenden Organe hält.

11. Falls die Amerikaner die Frage über die Berliner „Mauer“ und über freie Verbindungen zwischen den Bewohner Ost- und Westberlins aufwerfen, ist mitzuteilen, dass diese Frage in den Kompetenzbereich der Regierung der DDR fällt und kein Gegenstand eines sowjetisch-amerikanischen Meinungsaustausches sein kann.